Nummer 239

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Donnerstag, 22. Mai 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone"

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Stredenau; Inseratenteil: G. Hanglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8569; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Das französische Kabinett zum Frankensturz.

Painlevé und Herriot nahmen an den Verhandlungen teil.

EP Paris, 21. Mai.

Die Konferenz im Elyseepalast dauerte bis 1,45 Uhr nachmittags. Nachher wurde folgendes Communiqué veröffentlicht:

Auf die Initiative des Ministerpräsidenten hat heute im Kabinett des Präsidenten der Republik im Elyseepalast eine Konferenz stattgefunden. Poincaré und der Finanzminister Marsal haben Herriot und Painlevé die Finanzlage Frankreichs im einzelnen auseinandergesetzt. Painlevé und Herriot haben die Ueberzeugung ausgedrückt, daß die Schaffung eines peinlich genauen Budgetgleichgewichts sich jeder französischen Regierung als Notwendigkeit aufdrängen werde.

Herriot erklärte nach Verlassen des Elysee den Journalisten: Wir haben lange über die Finanzlage Frankreichs und über die Mittel und Wege, das Budget im Gleichgewicht zu halten, gesprochen. Dem Communique habe ich nichts hinzuzufügen. Es ist wahrscheinlich, daß ähnliche Besprechungen über die Finanzlage in den nächsten Tagen stattfinden werden. — Aus weiteren Auslassungen Herriots gegenüber Ausfragern sei hervorgehoben: Meine Politik wird am hellen Tage geführt werden und ist weder Scheindiplomatie noch Geheimkombination. Das Problem besteht darin, die Reparationen und die Interessen Frankreichs mit einander zu versöhnen. Frankreich hat genau seine politische Orientierung und seinen Willen kundgegeben. Ich werde diesen Willen respektieren.

Die Vorbereitung der interalliierten Konferenz.

EP Rom, 21. Mai.

Die von der belgisch-italienischen Ministerzusammenkunft in Mailand in Aussicht genommene interalliierte Konferenz zur Verwirklichung des Sachverständigenberichts wird nach einem offiziellen Blatt Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden, wenn alle Alliierten den italienischen Vorschlag annehmen. Der Ort dieser Zusammenkunft ist noch unbestimmt. Nach den der Ruhrbesetzung vorangegangenen Konferenzen von Paris und London wäre dies die erste allgemeine Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner.

eca London, 21. Mai.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, in London sei die Ansicht sehr verbreitete, daß eine private Zusammenkunft zwischen Macdonald und Mussolini ähnlich der geplanten Zusammenkunft zwischen Macdonald und dem Nachfolger Poincarés, stattfinden werde. Diese Aussprache würde sicherlich als Vorbereitung einer umfassenden Konferenz über den Sachverständigenbericht, den man binnen eines Monats erwarte, wichtig sein. Möglicherweise werde Mussolini das italienische Königspaar bei seinem Besuche in London nicht begleiten können, aber es liege kein Grund vor, die geplante Aussprache zwischen Macdonald und Mussolini nicht später noch stattfinden zu lassen, wenn das neue französische Kabinett im Amte sei.

Die englische Luftflottenreserve.

TU London, 21. Mai.

Der Unterstaatssekretär im Luftverteidigungsministerium Leach brachte heute im Unterhause ein Gesetzesvorlage der Regierung über die Schaffung einer englischen Luftflottenreserve ein. In der Debatte führte Sir Samuel Hoare, der frühere Luftverteidigungsminister, als Vertreter der Konservativen aus, er sei erfreut darüber, daß auch die jetzige Regierung die Notwendigkeit solcher Maßnahmen anerkenne. Obwohl er davon überzeugt sei, daß die irreguläre Ergänzung der Luftmacht niemals in der Lage sein werde, die Arbeiten der regulären wirksam zu ersetzen, so begrüße er ihre Schaffung doch als eine politisch und strategisch kluge Maßnahme. Die Debatte zeigte, daß im Hause keine nennenswerte Opposition gegen die Vorlage vorhanden war. Die Vorlage wurde ohne Abstimmung angenommen.

Die Vorlage sieht die Schaffung von sechs Hilfsgeschwadern vor, die mit insgesamt 160 Offizieren und ungefähr 1000 Mann bemannt werden sollen. Eine besondere Hilfstruppe soll weiterhin aus sieben Geschwadern mit 104 Offizieren und 780 Mann bestehen, die ausschließlich für die Landesverteidigung zur Verfügung stehen.

Die angeblichen deutschen Rüstungen.

Eine neue Hetzkampagne der „Daily Mail".

EP London, 21. Mai.

Die „Daily Mail" hat heute mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über angebliche geheime Rüstungen Deutschlands begonnen. In dem ersten Artikel wird behauptet, **Deutschland könne jetzt schon eine Armee von 600 000 Mann aufstellen.**

Eine deutsche Erwiderung.

WTG Berlin, 21. Mai.

Die Daily Mail (Londoner und Pariser Ausgabe) hat heute früh mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe über angebliche deutsche Rüstungen mit einem sensationell aufgemachten, an erster Stelle gedruckten Bericht eines „Sonderberichterstatters" begonnen. In diesem ersten Bericht wird durch eine Reihe von Behauptungen dargetan versucht, daß Deutschland nicht seinen Verpflichtungen gemäß abrüste, sondern sich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags bewaffne. Es handelt sich hier offenbar um Veröffentlichungen, die von einer an der Militärkontrolle besonders interessierten Stelle veranlaßt werden, um auf die zur Beratung stehende Antwortnote auf die deutsche Militärkontrollnote vom 1. April Einfluß auszuüben.

Die Behauptungen sind ausnahmslos entweder reine Erfindungen oder tendenziöse Entstellungen. Von amtlicher Seite wird gegenüber der Behauptung der Daily Mail festgestellt, daß die Stärke des deutschen Heeres die im Vertrag von Versailles festgesetzte Zahl von 100 000 Mann nicht überschreitet und daß in dem Heer nur Leute eingestellt werden, die sich zu einer zwölfjährigen Dienstzeit verpflichten. Kriegsmaterial wird in Deutschland nur in dem im Vertrag von Versailles vorgesehenen Grenzen angefertigt. Versuche mit Tanks und Gas haben seit dem Friedensschluß niemals stattgefunden. Es ist nicht richtig, daß deutsche Offiziere, die 1918 im großen Generalstab waren, mit Stellen im Innenministerium betraut worden sind, um diejenigen Zweige der Generalstabstätigkeit, die als historische und geographische Abteilungen bekannt seien, zu behandeln. Das Reichsministerium des Innern unterhält keine Aemter für militärische Zwecke. Soweit Aemter, die jetzt dem Reichsministerium des Innern nachgeordnet sind, Aufgaben erfüllen, die früher von Militärbehörden wahrgenommen wurden (z. B. Reichsamt für Landesaufnahmen, Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegsgräber, Reichsarchiv) sind diese Aufgaben bei Ueberleitung auf die innere Verwaltung so umgestaltet worden, daß die Aemter nunmehr lediglich wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Aufgaben zu dienen in der Lage sind. Die Interalliierte Militärkommission hat mehrmals diese Behörden einer Prüfung unterzogen und hierbei wesentliche Beanstandungen nicht machen können. Soweit Beanstandungen erhoben wurden, sind sie berücksichtigt worden. Wenn die Behauptung der Daily Mail in diesem Punkte zuträfe, hätte es die Interalliierte Militärkontrollkommission sicher nicht versäumt, Einwendungen bei der deutschen Regierung zu erheben. Die Behauptung, daß das Reichsministerium des Innern durch seine Militärpolizeikörperschaften in ganz Deutschland Mobilisationsbüros eingerichtet habe, ist eine glatte Erfindung. Uebrigens ist sie für jeden Kenner der staatsrechtlichen Struktur des deutschen Reiches als solche ohne weiteres erkennbar, denn die Polizeihoheit steht nicht dem Reiche, sondern den Ländern zu und es besteht hiernach für das Reich gar keine Möglichkeit, mit Hilfe polizeilicher Einrichtungen Mobilisationsbüros zu bilden. Wenn die Daily Mail die Technische Nothilfe mit Mobilmachungszwecken in Zusammenhang bringt, so kann das nur von ihrem bösen Glauben zeugen. Die Technische Nothilfe ist eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von Männern und Frauen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, die sich der Allgemeinheit bei Notfällen für Leib und Leben der Bevölkerung zur Verfügung gestellt haben und für deren Nothelfertätigkeit ganz bestimmte bindende Richtlinien festgesetzt sind, die jede mißbräuchliche Verwendung insbesondere jede Verwendung für militärische Zwecke völlig ausschließen. Schließlich sei noch festgestellt, daß Offiziere der Reichswehr nicht zu Zivilposten abkommandiert worden sind und daß das Reichswehrministerium mit Turngesellschaften, Wandervereinigungen, Studentenkorps und Freiwilligenverbänden in keiner Verbindung steht.

Dieser erste Artikel der von der Daily Mail angekündigten Artikelserie über angebliche deutsche Rüstungen stellt hiernach von Anfang bis zu Ende eine skrupellose und plumpe Hetze dar.

Baldwin über die Macdonald-Regierung

EP London, 21. Mai.

Baldwin hielt heute vor dem konservativen Frauenverein in der Grafschaft Essex eine Rede, worin er von neuem heftige Angriffe gegen den Sozialismus richtete. Er glaube nicht, daß Macdonald und seine Freunde noch lange an der Regierung bleiben würden. Die gegenwärtige Regierung befinde sich in einer unmöglichen Lage und zwar deshalb, weil gewisse ihrer Mitglieder sich auf Programmpunkte verpflichtet hätten, deren Verwirklichung sich als unmöglich erwiesen habe. Man könne nicht sagen, ob die Regierung infolge eines Mißtrauensvotums des Unterhauses fallen werde, oder ob sie sich aus inneren Gründen zerstören würde. Es sei aber gewiß, daß das Ende des Kabinetts Macdonald nahe bevorstehe.

Die Saarfrage im englischen Kabinett.

EP London, 21. Mai.

Das Kabinett hat heute nachmittag eine zweistündige Sitzung abgehalten und sowohl innen- als außenpolitische Fragen behandelt, besonders aber die Lage im Saargebiet.

Ein neuer französischer Kreuzer.

EP Paris, 21. Mai.

In Brest wurde heute ein neuer Kreuzer vom Stapel gelassen. Er hatte eine Wasserverdrängung von 8000 Tonnen, einen Aktionsradius von 4000 Meilen und entwickelt eine Geschwindigkeit von 34 Knoten.

Die Frage von Mossul.

Die Vorschläge Englands an die Türkei.

EP Konstantinopel, 21. Mai.

Nach den türkischen Zeitungen hat England in der Frage von Mossul folgende Lösung vorgeschlagen: England würde Suleimanije aufgeben, aber Mossul behalten. Die Türkei müsse einen Teil der türkischen Schulden an England anerkennen. Im Austausch würde England der Türkei eine Anleihe gewähren, und in der Frage des Coupons und der syrischen Grenze eine verständnisvolle Haltung einnehmen. Ferner würde England zu der türkisch-bulgarischen Annäherung beitragen und gewisse Konzessionen in der Frage der Bagdadbahn machen.

Amerika und der Weltgerichtshof.

Washington, 21. Mai.

Präsident Coolidge hat den republikanischen Mitgliedern des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt, daß sein Standpunkt gegenüber dem Weltgerichtshof der gleichen geblieben sei, wie er in der Botschaft an den Kongreß vom 6. Dezember 1923 und in den später gehaltenen Reden dargelegt wurde. Der Vorsitzende des Ausschusses Lodge sagte, der Ausschuß werde versuchen, einen Plan aufzustellen, der dem Gedanken des Präsidenten entspricht und den bereits von Harding befürworteten Beitritt zum internationalen Gerichtshof anempfahl. Heute wird der Ausschuß die Angelegenheit in einer Vollsitzung besprechen.

„Neuorientierung?"

eca Köln, 20. Mai.

Der Präsident der Rheinlandkommission tritt morgen seine Reise nach Paris an. Der Zweck der Reise dürfte, wie die eca-Korrespondenz meldet, eine Neuorientierung sein. Auch die Lage im Ruhrgebiet wird wahrscheinlich ein Thema bei den Besprechungen bilden.

*

Mtd Köln, 21. Mai.

Auf Grund verschiedener Anzeichen glaubt das „Kölner Tageblatt" den Schluß ziehen zu können, daß in der Frage der französischen Politik in den besetzten Gebieten eine Aenderung bevorzustehen scheint. So will das Blatt aus unterrichteten Kreisen erfahren haben, daß in den nächsten Tagen eine große Zahl von ausgewiesenen Pfälzern die Erlaubnis erhalten wird, in die Heimat zurückzukehren. Besondere Schwierigkeiten bieten sich insofern, als die Wohnungen der seinerzeit ausgewiesenen Deutschen inzwischen von der Besatzungsbehörde für die Beamten der Regie oder der Hollbehörden und auch für die Truppen selbst belegt worden sind. In der Pfalz ist man der Ueberzeugung, daß als Folge der Neuorientierung der französischen Politik die Rückkehrerlaubnis für die Pfälzer nur den Anfang einer völligen Umgestaltung der Gesamtlage im besetzten Gebiet bedeutet.

Der erste Versuch.

Auf dem Wege zur neuen Regierung.

Allmählich lichtet sich der Schleier, der über den gestrigen interfraktionellen Verhandlungen im Reichstage gelegen hat. Es war von vornherein klar, daß bei der Divergenz der Anschauungen besonders zwischen den Parteien, die den rechten und den linken Flügel der gestrigen Verhandlungskontrahenten bilden, man nicht zu einem schnellen Einvernehmen kommen konnte. Es kann deshalb eigentlich nicht überraschen, daß die Verhandlungen auf der gestrigen Basis unterbrochen sind und daß diese Unterbrechung in folgendem Communiqué der Deutschnationalen Volkspartei ihren Niederschlag findet:

> **„Die Deutschnationale Volkspartei hat in der heutigen Besprechung mit den Vertretern der Mittelparteien den Vorschlag gemacht, die Lösung der für die Regierungsbildung bestehenden Schwierigkeiten in der Voranstellung der Personenfrage zu suchen. Eine nach Ansicht der Deutschnationalen Volkspartei zur Führung hervorragend geeignete, überparteiliche Persönlichkeit ist den anderen Fraktionen benannt worden. Die Verhandlungen darüber haben eine Wendung genommen, auf Grund deren die Deutschnationale Volkspartei ihre Initiative in dieser Richtung zunächst eingestellt hat."**

Deutschnationale Blätter geben zu, daß zu Beginn der gestrigen Besprechungen von deutschnationaler Seite für den Kanzlerposten der Großadmiral von Tirpitz in Vorschlag gebracht wurde. Es wird auch angedeutet, daß der Abgeordnete Wallraf, der früher Oberbürgermeister von Köln und vorübergehend Staatssekretär des Innern war, für den Posten des Reichsinnenministers von den Deutschnationalen präsentiert wurde. Dagegen bestreitet man auf deutschnationaler Seite die gestern verbreitete Version, wonach die Deutschnationalen sich mit der Besetzung des Reichsarbeitsministeriums durch den bayerischen Bauernbündler Professor Fehr einverstanden erklärt hätten. Man stellt fest, daß es „denn doch eine ganze Reihe Persönlichkeiten gibt, die für die Deutschnationalen eher in Frage kommen könnten als Dr. Fehr."

In der Tatsache, daß die Deutschnationalen mit dem präzisierten und von keinem außenpolitischen Ballast vorläufig beschwerten Vorschlage einer Regierungsbildung unter deutschnationaler Führung die gestrigen Verhandlungen begannen, liegt der Ausgangspunkt für die Schwierigkeiten, die sich bald entwickelten. Besonders von demokratischer Seite wurde gegen dieses Verfahren scharf opponiert und als Grundlage für die Aufstellung eines Kabinetts die Erörterung der politischen, besonders der außenpolitischen Einstellung eines solchen Kabinetts gefordert. Diesem Standpunkt scheint sich das Zentrum, in dem, wenn wir recht unterrichtet sind, Herr Dr. Wirth und seine Anhänger in den letzten Tagen an Einfluß gewonnen haben, zu einem gewissen Teil angeschlossen zu haben. Die Diskussion der Außenpolitik, besonders des Sachverständigengutachtens, wurde von deutschnationaler Seite abgelehnt und es ergab sich, daß im Augenblick keine Möglichkeit zu ersprießlicher Fortsetzung der Aussprache vorhanden war. Es erwächst jetzt in erster Linie der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit und die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß durch ihre Vermittlung die Brücke zwischen den Flügelparteien des Bürgerblocks, der kommen muß, wieder hergestellt wird.

Dr. J.

*

Im Laufe des gestrigen Nachmittags traten die deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp, Wallraf und Schiele mit den deutschvölkischen Abgeordneten Walle, Henning und Graf Reventlow zu der Besprechung, die in unserem gestrigen Abendblatt angekündigt war, zusammen. Die Besprechung war unverbindlicher Natur und es ist kein Grund vorhanden, irgendwelche politischen Kombinationen mit ihr zu verknüpfen. Es handelte sich, wie wir hören, für die Deutschnationalen lediglich darum, die Deutschvölkischen über das Vorgefallene auf dem Laufenden